

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Rosen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. F. Alti & Co.
Beetestr. 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eferitz bei Jh. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Daube & Co.,
Hauptstr. 14.
In Berlin, Dresden, Gorkitz
beim „Invalidenbank“.

Nr. 665.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 22. September.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 21. September. Der König hat geruht: den Ober-
Bürgermeister Meydam zu Landsberg a. W. der von der dortigen
Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, für eine
fernerweite zwölfjährige Amtsdauer als Bürgermeister der genannten
Stadt zu bestätigen.
Der Buchhalter Rechnungsrath Gladischewski ist zum Ober-Buch-
halter und der Geheime Sekretär Schmutz zum Buchhalter in der
Staatsschulden-Tilgungskasse ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 22. September.

Se. Majestät der Kaiser war, der „Trib.“ zufolge, vor-
gestern Abend im Schauspielhause anwesend und zerstreute damit
am Besten die Besorgnisse, die vielfach in Folge der abgesetzten
Reise nach Brühl im Publikum entstanden waren. Man be-
stätigt dem zirkulären Blatte, daß der ärztliche Rath, auf den hin
die Reise unterblieb, lediglich aus Rücksichten der Schonung für
den greisen Monarchen ergangen war, der in den Wandertagen
bis zu sechs Stunden täglich zu Pferde an den Uebungen Theil
genommen hatte. In den Vorträgen zc. ist keine Unterbrechung
eingetreten, nur eine kleine Anzahl militärischer Meldungen ist
von gestern auf heute vertagt worden. Der Kaiser wird sich
nunmehr bestimmt am künftigen Montag nach Baden-Baden
begeben. Gestern Nachmittag machte Se. Maj. eine Ausfahrt.
Die Bennisgen'sche Parteipresse erhebt die
Rede ihres Führers vom letzten Sonntag natürlich bis in den
Himmel und datirt von derselben eine neue Weltordnung; in
der zu der neuen liberalen Gruppe haltenden Presse findet sie
durchweg eine abfällige, aber in der Form möglichst mild ge-
haltene Kritik.

Der Beginn der Bundesraths-session ist auf
die erste Oktoberwoche festgesetzt. Eine der ersten Arbeiten des
Bundesrathes wird die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze
über die Waarenstatistik zum Gegenstande haben, welche sich als
revisionsbedürftig erwiesen haben. Seitens der Einzelstaaten sind
namentlich Erhebungen über die Höhe der Verwaltungskosten
angeordnet, welche durch die Ausführung des Gesetzes entstehen. Es
sollen zunächst vierteljährliche Nachweisungen darüber erstattet
werden; ein Theil dieser Ausgaben wird durch die Einnahmen
gedeckt und man beabsichtigt, künftig Formulare zu Anmelde-
scheinen und so weiter den Steuerämtern kostenfrei zu liefern
und überhaupt Erleichterungen aller Art herbeizuführen.

Die „Wochenkorrespondenz der freikonservativen Partei“
bringt Andeutungen über eine bevorstehende oder bereits begon-
nene Bewegung im konservativen Lager, welche zu der Ausschlei-
dung einer extremen, hoch kirchlich-agrarischen Gruppe
führen werde. Die anderen konservativen Blätter verhalten sich
dieser Nachricht gegenüber sehr zurückhaltend oder geradezu ab-
lehrend, wie der „Reichsbote“, der sie mit lebhafter Entrüstung
in das Reich der Fabeln verweist. Die „N. L. R.“ schreibt
hierüber:

„Ob wirklich etwas Derartiges im konservativen Lager vorgeht,
wissen wir natürlich noch weniger als die konservativen Blätter. Wer
aber die Vorgänge der letzten Landtags-session sich in Erinnerung zu-
rückruft, wird eher annehmen, daß in dem freikonservativen Organ der
Wunsch der Vater der Behauptung gewesen. Seit die neukonservative
Partei sich zum Bedauern Aller, welche ein Zusammenwirken der ge-
mäßigt liberalen und der gemäßigt konservativen Elemente anstrebten,
mit den Altkonservativen verschmolz, sind die Bestrebungen der letzteren
in der vereinigten Partei, wie es Jedermann voraussetzte, immer mehr
zur Herrschaft gelangt, und die „Entschieden“ hätten am wenigsten
Ursache, den Bund, aus dem sie den größten Gewinn gezogen, aufzu-
lösen. Uns könnte es recht sein, aber unsere Zweifel an der Wahrheit
des Berichteten können wir nicht unterdrücken.“

Ueber russische Gegereien wird offiziös geschrieben:
„An das Eintreffen zweier preussischer Techniker,
welche von Memel nach Liebau gekommen sein sollen, um die
dortigen Hafenanlagen in Augenschein zu nehmen, knüpft die russische
„Pet. Ztg.“ die Bemerkung, daß Liebau jetzt bald von königsberger
Kaufleuten, bald von preussischen Technikern besucht werde, und erinnert
daran, daß vor Ausbruch des französisch-deutschen Krieges die franzö-
sischen Handelszentren und Hafenplätze vielfach von deutschen Kaufleuten
— angeblich in Handelsgeschäften besucht worden seien. Später aber
habe sich herausgestellt, daß der Zweck dieser Besuche ein ganz anderer
gewesen sei, da diese Handelsreisenden mit Vorliebe Festungen und
militärische Anlagen besichtigt hätten! Nach obiger Mittheilung der
russischen „Pet. Ztg.“ gewinnt das Eintreffen von zwei deutschen
Technikern in Liebau allerdings einen verweirkt gefährlichen Anstrich!“

In Düsseldorf hat vorgestern der „Centralver-
band deutscher Industrieller“, unter welcher Firma
sich die deutschen Schutzoll-Coalitionen behufs wirksamerer und ein-
heitlicherer Organisation zusammengethan haben, seinen vierten
Kongreß abzuhalten begonnen. Da der „Centralverband
deutscher Industrieller“ sich des besonderen Wohlwollens des
Reichskanzlers erfreut, so bezieht sich das Wolff'sche Telegraphen-
bureau, über dessen Verhandlungen telegraphisch zu berichten.
Zunächst hat der Kongreß, welcher zahlreich besucht sein soll,
unseres Wissens aber von Vertretern oder Sachverständigen aus
dem weiteren Gebiete der Handelsstädte nicht beschickt worden ist,
sich mit dem Zollanschluß der beiden Hansestädte beschäftigt und
in dieser Angelegenheit folgende Resolution angenommen:

1) Die Freihafenstellung der beiden Hansestädte Hamburg und
Bremen und die Aufrechterhaltung ihrer wirthschaftlichen Auslands-
Qualität ist erfahrungsmäßig nicht günstig gewesen für die gewerb-
lichen und industriellen Interessen des deutschen Vaterlandes. 2) Der
Centralverband ersucht deshalb die Reichsregierung, die Verhandlungen
mit den beiden Hansestädten wieder aufzunehmen, und eine Verständi-
gung über die Bedingungen herbeizuführen, unter denen der Anschluß
derselben an den wirthschaftlichen Körper des deutschen Reiches be-
wirkt werden könne. 3) Der Centralverband setzt hierbei voraus, daß
die im Interesse einer geordneten Verwaltung erforderlichen Zoll-
kontrollen auf das möglichst niedrigste Maß beschränkt werden, und
daß die Reichsregierung Alles aufbietet wird, um die beiden Handels-
Emporien im wahren Sinne des Wortes zu nationalen Häfen umzu-
gestalten, und mit allen Handelshäfen Englands und des europäischen
Kontingents konkurrenzfähig zu machen.

Bekanntlich ist in dem Erlaß des bairischen
Kriegsministers, welcher den kaiserl. Tagesbe-
fehl vom 2. d. M. den bairischen Truppen bekannt gab, der
König von Baiern als „oberster Kriegsherr“ und der
Kaiser als „Bundesfeldherr“ bezeichnet worden. Die Bezeich-
nung „oberster Kriegsherr“ ist vielleicht nicht korrekt, da es in
dem Bündniß-Vertrage mit Baiern vom 23. November 1870
heißt: „Das bairische Heer bildet einen in sich geschlossenen Be-
standtheil des deutschen Bundesheeres mit selbständiger Verwal-
tung, unter der Militärhoheit Sr. Maj. des Königs von Baiern,
im Kriege — und zwar mit Beginn der Mobilisirung — unter
dem Befehle des Bundes-Feldherrn.“ Als König Albert von
Sachsen nach dem Tode seines Vaters, am 7. November
1873, einen Tagesbefehl an die Armee erlassen hatte, wurde
von offiziöser Seite sofort mitgetheilt, die preussische Gesand-
tschaft am Dresdener Hofe sei angewiesen worden, die sächsische
Regierung wegen dieses Tagesbefehls zu interpelliren, weil es
in demselben hieß, die Soldaten seien ihres „Kriegsherrn“ be-
raubt worden. Der Erlaß des bairischen Kriegsministers geht
mit der Bezeichnung „oberster Kriegsherr“ offenbar noch weiter.
Die Bezeichnung „Bundes-Feldherr“ entspricht zwar dem Ver-
faller Verträge, ist aber deshalb nicht am Platze, weil in den
Bestimmungen der Reichsverfassung über das Reichskriegswesen
überall vom „Kaiser“ die Rede ist und es z. B. in Art. 64
heißt: „Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen
des Kaisers unbedingte Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist
in den Fahnen aufzunehmen.“ In Folge dessen wurde, ab-
weichend von der preussisch-sächsischen Militär-Konvention, vor
ungefähr einem Jahre den sächsischen Truppen kundge-
geben, daß ihre Vereidigung in Zukunft neben der auf den Lan-
derherrn auf den Kaiser erfolgen werde. Mit der bairischen
Regierung dieserhalb geführte Verhandlungen sollen keinen
Erfolg gehabt haben.

Zu dem Rücktritt Freycinet's bemerkt die „Kreuz-
Zeitung“:

„Wie in den hiesigen, so hat auch in den politischen Kreisen über-
haupt der Rücktritt des französischen Ministers des Aeußern, Herrn
de Freycinet, einen tiefen Eindruck gemacht. Namentlich die aus
Wien uns zugehenden Berichte lassen nicht verkennen, daß man auch
dort von der Demission Freycinet's unangenehm berührt sei, und zwar
deshalb, weil man an dieselbe die Befürchtung knüpft, daß sich der in
dieser Minister-Veränderung ausgedrückte Sieg der Gambettisti-
schen Anschauung über kurz oder lang auch auf dem Gebiete der
auswärtigen Politik in einer dem Friedensbedürfnisse Europas abträg-
lichen Weise äußern könnte.“

Frankreich ist von dem unerwartet schnellen Ausbruch
der jüngsten Ministerkrise so vollständig überrascht wor-
den, daß die öffentliche Meinung des Landes noch nicht Zeit ge-
funden hat, sich Ursachen und Wirkung der Demission des
Herrn Freycinet zurecht zu legen, geschweige denn Stellung zu
dem Geschehenen zu nehmen. Maßgebenden Orts möchte man
nun anscheinend um jeden Preis verhindern, daß eine beforgniß-
erregende Auffassung des Geschehenen Platz greife, und handelt
demgemäß. So wird man es verstehen müssen, wenn der Prä-
sident der Republik, Herr Grevy, dem scheidenden Ministerprä-
sidenten ein in den sympathischsten Ausdrücken abgesetztes
Schreiben mit auf den Weg gegeben hat; wenn die dem Herrn
Gambetta nahestehenden Organe dem Gerüchte entgegengetreten,
als wäre Herr de Freycinet etwa einer Kontremine des Prä-
sidenten der Deputirtenkammer zum Opfer gefallen; wenn viel-
mehr der Demissionsentschluß des Konseilsvorsitzenden einzig und
allein auf Erwägungen persönlicher Natur zurückgeführt wird,
welche es Herrn de Freycinet vorziehen ließen, die volle Durch-
führung der Märzdekrete in andere Hände zu legen. Mit be-
sonderem Eifer richten sich die Darlegungen inspirirter Kom-
mentatoren gegen die Annahme, als könne der Rücktritt
des Herrn de Freycinet die auswärtige Politik Frankreichs
in irgend einer Weise modifiziren; im Gegentheil wird versichert,
daß die guten Beziehungen Frankreichs zum übrigen Europa von
dem Rücktritt des bisherigen Konseilspräsidenten gänzlich un-
berührt bleiben. Ueber die Kabinettsneubildung verlautet bis jetzt
noch gar nichts Bestimmtes.

Bei der Taufe der Infantin von Spanien kam
es, wie der „Bohemia“ gemeldet wird, in der Taufkapelle zu einem er-
regten Austritt. General Martinez Campos und die übrigen General-
Kapitäne wurden ersucht, ihre Plätze zu räumen, die für den

Präsidenten und die Beamten des obersten Tribunals bestimmt
seien. Die Generale wichen nicht, und soll sich Martinez beim
Könige beschwert und um die Enthebung von der Theilnahme
an ferneren Zeremonien gebeten haben. Aus Anlaß der Geburt
der Infantin sollen der Herzog von Bailen, der Sohn des Herzogs
von Montpensier und ein Bruder der Königin das Goldene
Bließ erhalten. Der Umstand, daß ein österreichischer Erzherzog
das Bließ nur aus den Händen des Kaisers von Oesterreich er-
halten kann und sämtliche Brüder der Königin von Spanien
den Orden bereits besitzen, verursachte Meinungsverschiedenheiten
im Ministerrathe. Eine Schwester des Königs, die Infantin
Maria de la Paz, soll sich mit dem Erzherzoge Carl Stephan,
dem jüngeren Bruder der Königin, vermählen.

Die nach dem Bekanntwerden des jüngsten Minister-
wechsels in Konstantinopel vielfach ausgesprochene
Ansicht, daß diese Umwälzung als ein Sinken des englischen
Einflusses und ein Steigen des russischen im Nilbiskios aufzu-
fassen sei, wird durch einen ausführlichen Bericht der „Polit.
Corresp.“ vom 13. d. M. über die Vorgeschichte der Kabinetts-
krisis in vollem Umfange bestätigt. Es heißt da u. A. wie
folgt: „Vergangenen Donnerstag wurde im Palaste der genaue
Text der Thronrede bekannt, mit welcher die Königin von
England die Parlaments-session geschlossen hatte. Der trockene
und strenge Ton derselben gegenüber der Türkei, die stark be-
tonte Interventions-Absicht zur Regelung der schwebenden Fragen,
das betonte Einverständnis der Mächte — alles dies zusammen-
genommen hatte den Sultan und dessen Umgebung empfindlich
verletzt. Die heftigen Ausfälle des Tadjaman-i-Sakikat gegen
England bei Besprechung dieser Thronrede waren nur ein
schwacher Abklatz der tiefen Erbitterung, die im Palast
herrschte. An demselben Tage wurde der russische Bot-
schafter v. Novikow vom Sultan in Audienz empfangen. Die
letztere wahrte lange, und es wird behauptet, daß die Anschauun-
gen des Herrn v. Novikow auf den Eintritt des Ministerwechsels
nicht ohne Einfluß geblieben sind. Neben Said Pascha, der be-
kanntlich mit dem Fürsten Lobanow stets in besten Beziehungen
stand, findet man Serwer Pascha, der lange Zeit mit dem Spitz-
namen Serverow bezeichnet wurde und im Jahre 1878 dem
Sultan unverhohlen den Rath erteilt hatte, sich in die Arme
Rußlands zu werfen. Ferner figurirt im neuen Kabinet Kiamil
Pascha, ehemaliger Gouverneur von Aleppo und eigentlicher An-
stifter des Aufstandes der Armenier in Zeitun, dessen Absetzung
infolge der Schritte Sir G. Layards erfolgte.“

Die Rede des Herrn v. Bennisgen.

(Nach dem stenographischen Berichte der „Mageburger Zeitung.“)

Herr Landesdirektor Rudolf v. Bennisgen: Meine Herren! Es
war nach fast jähriger Thätigkeit im Reichstage auf einer Erholungs-
reise, als mir durch die Zeitungen die Nachricht zuzug, daß ein Theil
meiner alten Genossen aus dem Parteiverbande der nationalliberalen
Partei auszutreten beabsichtige und auch in der That ausgetreten ist.
Ich kann Sie versichern, daß nach den Vorgängen in der letzten Reichs-
tags-session ich wie manche andere Freunde durchaus überrascht wurde
durch diesen Vorgang, den ich in keiner Weise erwartet hatte. Ich
brauche wohl die Versicherung kaum hinzuzufügen, daß mich persönlich
nicht bloß politisch der Austritt alter politischer und mir nahestehender
persönlicher Freunde tief und schmerzlich berührte. Sie werden mir
gewiß glauben, daß ich von keinem Gefühl der Bitterkeit oder Leiden-
schaft erfüllt sein kann gegen diese alten, zum Theil hervorragenden
Parteigenossen, mit denen ich nicht bloß seit dem ersten Entstehen und
der Bildung der nationalliberalen Partei, sondern zum Theil seit dem
ersten Bestehen des Nationalvereins zusammengewirkt habe. Ich be-
zweifle nicht, daß, was mich persönlich anlangt, die freundschaftlichen
Beziehungen, welche mich mit mehreren dieser Personen verbinden,
diese formelle Trennung überdauern wird und schließe mich gern den-
jenigen Wünschen an, die heute ausgesprochen haben, daß, so weit die
Trennung es irgend zuläßt, wir mit den Ausgetretenen persönlich und
auch politisch Fühlung behalten. Ein großes Gebiet gemeinschaftlicher
Thätigkeit wird trotz der Trennung und der Meinungsverschiedenheiten
auch für die ausgetretenen Liberalen und für die zurückbleibenden Mit-
glieder der nationalliberalen Partei für lange Jahre übrig bleiben.
N. M., wir wollen durch einzelne leidenschaftliche Aeußerungen und
ungerechte Vorwürfe, welche nicht bloß die Fortschrittspartei, sondern
auch Blätter, die den Ausgetretenen nahe stehen, erheben, uns nicht
irritiren. Es ist ja sehr schwer, ohne alle leidenschaftliche Erregung
derartige Vorfälle zu besprechen. In der Presse laufen manchmal bit-
tere Worte unter, aber wir wollen uns bemühen, uns selbst von jener
Leidenschaftlichkeit fern zu halten und dahin zu wirken, daß die Presse,
die uns nahe steht, sich, so weit irgend möglich, in allen diesen Erör-
terungen abtöndert verhält, aber niemals angriffsweise vorgeht.

Meine Herren! Ich sagte vorhin, mir ist der Austritt unerwartet
gekommen, und manche Personen, die ich gesprochen habe, Mitglieder
des Reichstages und Abgeordnetenhaus, sie konnten solche Vorgänge
nicht erwarten, namentlich nach dem Verlaufe der letzten Session des
Reichstages, welche sich an diejenige Session, in welcher die
Zolltarife fertig gemacht wurden, in welchen allerdings starke Mei-
nungsverschiedenheiten zu Tage getreten sind. Meine Herren! Die
letzte Session des Reichstages ist in einer Weise verlaufen, daß sich
in derselben eine so geschlossene und einmütige Haltung der national-
liberalen Partei ergab, wie fast nie seit der Begründung des nord-
deutschen Bundes und des deutschen Reichstages. Es ist auch den-
jenigen Mitgliedern, die an jenen Verhandlungen theilnahmen, nicht
unbekannt geblieben, daß angesichts eines solchen Verlaufes dieser
Session die Mitglieder des sogenannten linken Flügels, die sich jetzt
zum Theil der Sezession angeschlossen haben, eingehende Beratungen

gepflogen haben über die Lage der nationalliberalen Partei und daß sie mit Rücksicht auf die geschlossene Haltung es für ungerechtfertigt erklärt haben, eine Scheidung vorzunehmen. Meine Herren! Hinsichtlich dieser einmütigen Haltung erinnere ich Sie daran, daß, abgesehen von der niemals entschiedenen Samoa-Angelegenheit, für die ja auch Männer wie Delbrück und Falk ein zustimmendes Votum abgegeben, und auch der Herr v. Bunsen eine warme Rede gehalten hat, abgesehen von Meinungsverschiedenheiten, welche vorgekommen sind bei dem Sozialistengesetz, gegen welches der Abgeordnete Kasper, der schon damals nicht zur Partei zu rechnen war, gestimmt hat, abgesehen von dem Militärsgesetz, gegen welches allerdings einige der Ausgetretenen, ich glaube sechs, gestimmt haben: daß hierin kein Grund für die Session liegen kann. Was die wirtschaftlichen und Steuervorlagen anlangt, mit denen wir uns zu beschäftigen hatten, so war eine einmütige Beurteilung in der Partei vorhanden, indem wir uns wesentlich ablehnend gegenüber den Vorlagen der Regierung verhielten, so daß weitere Steuererhöhungen nicht haben erfolgen können, deshalb konnte auch hieraus kein Grund zu einer Spaltung erwachsen.

Wie war es ferner im Abgeordnetenhaus? Da hatten wir in der Hauptsession, abgesehen von der Nachsession, zu berathen die wichtige Umgestaltung der Verwaltungsorganisation der Monarchie, wo auf die neuen Provinzen und den Westen die Grundsätze der Selbstverwaltung ausgedehnt werden sollten. In der ganzen Art und Weise, wie diese wichtigen Dinge behandelt werden sollten, war nach langen Erörterungen die Partei im Großen und Ganzen einig und hat das fundgegeben in ihrer Abstimmung. Eine andere Frage von großer Bedeutung war die Frage der Erwerbung einer größeren Zahl von Eisenbahnen und die Konstituierung eines festeren Einflusses des Staates auf die Eisenbahnpolitik, so wie die Aenderung der Grundsätze der Tarifverwaltung u. s. w. Auch auf diesem Gebiete hat sich eine große Majorität herausgestellt und diejenigen, welche anderer Meinung waren, z. B. der Abgeordnete Nidert, haben angeklagt dieser Frage sich ganz zurückgehalten bei der Berathung und keinen Versuch gemacht, öffentlich dagegen anzukämpfen. Auch auf diesem Gebiete konnte eine ernsthaftige Spaltung nicht erwachsen. Ich übergebe Dinge von geringerer Bedeutung und verweise nur noch einen Augenblick bei der Nachsession und der Kirchenvorlage. Es war nicht meine Absicht, näher hierauf einzugehen, obwohl ich weiß, daß gerade bei der damaligen Abstimmung die Partei derart gespalten war, daß für dieselbe nur vier Stimmen mehr abgegeben wurden als gegen dieselbe. Ich wäre vielleicht nicht näher darauf eingegangen, obwohl ich persönlich der Anschauung bin, daß die größten Mißverständnisse über die Entwicklung und den ganzen Gang der Vorlage im Lande vorhanden waren und vorhanden sind, wenn nicht Herr v. Vinzingen mir Gelegenheit dazu gegeben hätte. Sie werden mir daher verzeihen, wenn ich unter solchen Umständen, wo Herr v. Vinzingen Dinge sagte, die für diejenigen, die der Vorlage zugestimmt haben, nicht angenehm sein konnten, mit einigen Worten auf den Gegenstand eingehe.

Herr v. Vinzingen hat hervorgehoben, daß der frühere Minister Falk mit der größten Entschiedenheit die Vorlage verurtheilt habe, und zwar in der ersten Generaldiskussion, nachdem dieselbe eingebracht. Er hat dieselbe verurtheilt und einerlei, mit welchen Ausdrücken, dem Sinne nach behauptet, daß die Vorlage von den Grundsätzen, die er selbst verfochten, abweiche. Meine Herren, dieses Auftreten des Ministers Falk ist vollkommen erklärlich. Diese Ausführungen richteten sich im Wesentlichen gegen eine andere Vorlage als das, was das Gesetz geworden ist. Meine Herren, Sie erinnern sich noch sehr gut, daß die erste Auffassung der Presse mir sehr günstig war. Man sagte, die und die Punkte in der Vorlage sind gefährlich, sie alterieren die Stellung des Staates gegenüber der Kirche bei der Frage, ob Geistliche, die sich gegen die Gesetze verhalten, bestraft werden sollen oder nicht, ob durch kirchliche oder richterliche Behörden die abgesetzten Bischöfe in ihr Amt zurückgeführt werden sollen. Alle diese Punkte, die wir mit Recht beurtheilten, sind von mir und meinen Freunden von Anfang an bekämpft, Sie mögen an diesen einzelnen Fällen praktisch ersehen, welche Bedeutung es hat, wenn eine Partei auch nur von 100 Mitgliedern in einer Versammlung von vierhundert und einigen dreißig ganz einig ist über das, was sie will. Diese Partei, gegenüber einer geschlossenen Mehrheit von Konservativen und Ultramontanen von mehr als 40 Stimmen, hat es durch ihre entschlossene Haltung zuwege gebracht, daß alle diese so bedenklichen Bestimmungen aus dem Gesetze herausgebracht sind. Meine Herren! Wenn Sie das einen Kompromiß nennen wollen, so ist das eine eigentümliche Art von Kompromiß, wo der Herr Minister, mit dem wir uns niemals geeinigt haben, erklärt hat, es wäre unmöglich, diese Sachen fallen zu lassen, das wäre ja gerade das Wesentliche von der Vorlage. Unsere Verhandlungen mußten geführt werden mit demjenigen Theil der Konservativen, der seine Lust hatte, in der Nachgiebigkeit gegen die Ultramontanen so weit zu gehen. Ich kann Sie versichern, ein leichtes Stück Arbeit ist es nicht gewesen in diesen ohnehin wochenlangen Anstrengungen. Damals hat dieses unser Verfahren, wo wir Schritt für Schritt einen Theil der Konservativen gewonnen, und Schritt für Schritt die Regierung zurückdrängten, allgemeine Zustimmung gefunden. Ich erinnere mich nicht, in den Zeitungen und persönlich eine abfällige Beurteilung gefunden zu haben. Nun, meine Herren, dies war nur zu erreichen, wenn man nicht von vornherein sagte, das Gesetz, wie es da ist, einerlei was daraus wird, lehnen wir unter allen Umständen ab. Wenn unsere Partei diese Haltung einnahm, war die notwendige Folge, daß die Konservativen und Ultramontanen von der Mehrheit Gebrauch machten, die sie für sich hatten, und sich mit der Regierung verständigten auf Grund einer Vorlage, aus der Dasjenige, was den Ultramontanen unangenehm war, herausgestrichen, und Das darin gelassen wurde, was nach unserer Auffassung für das Land das Gefährlichste war. Meine Herren! Auf dem Wege allein, daß wir uns nicht ganz negativ verhielten, daß wir für uns einen Theil der Ultramontanen gewonnen, nicht durch einen Kompromiß mit der Regierung ist ein Gesetz zu Stande gekommen, welches in seinen Bestimmungen harmlos ist und einige gute und angenehme Bestimmungen enthält. Herr v. Vinzingen hat vorhin, und Herr Nidert in Danzig gesagt, daß man Falk nicht verlassen könnte, daß man ein Gesetz, das von dem Minister Buttamer eingebracht wäre, seine Zustimmung nicht geben könne. Der Herr Nidert ist damals nicht so weit gegangen, wie der Herr v. Vinzingen heute. Derselbe hat ganz offen erklärt, daß schließlich die Einigkeit bei der letzten Abstimmung nicht eine Meinungsverschiedenheit über Prinzipien wäre, sondern eine Meinungsverschiedenheit über tatsächliche und politische Fragen. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Herren auf dem Standpunkt, den sie formell einnehmen, infolge gewesen sind, denn indem sie das Gesetz ablehnten, haben sie sich bereit erklärt, drei Paragraphen anzunehmen und für Paragraphen gestimmt, die wörtlich definitive Aenderungen der Maßregeln enthielten. Allerdings drei Paragraphen, über die ich die Ansicht habe, daß man darin ohne Noth zu weit gegangen ist. Also auch Herr Nidert hat sich mit dem Gesetze einverstanden erklärt, das besagte, künftig sollen die Bischöfe nicht abgesetzt werden, sondern, was vollkommen genügend ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung: „bei Strafe soll ihnen untersagt werden die Ausübung von Amtshandlungen“. Ferner war in diesem Gesetze die Möglichkeit zugelassen, daß die nach der Aussage der Verzepte so nützlich wirkenden barmherzigen Schwestern nach Aufstellung der Verwaltungsbehörden neue Niederlassungen erhalten könnten. Endlich die Bestimmung, die sehr wichtig ist und in der eine überflüssige Härte für die katholische Geistlichkeit lag, daß formell angestellte Nachbarggeistliche oder formell angestellte Vikare Amtshandlungen vornehmen dürften in Sprengeln, wo die Geistlichen abgesetzt, während die Gerichte an der Hand des Buchstabens des Gesetzes diese wirklich rite angestellten Geistlichen und Vikare bestrafen, wenn sie Amtshandlungen vornehmen.

Meine Herren! Ich sehe, daß es sich hier um einzelne Fragen handeln kann, wo man verschiedener Meinung sein kann — ich respektire die Gründe der Minderheit vollkommen, aber ich verstehe

auch, daß sie nach dem Verlauf der Verhandlungen der Meinung waren, daß es ein so unwillkommenes Gesetz war, so voll von widerwärtigen Bestimmungen, daß sie sagen konnten, wir können es nicht über uns gewinnen, für das Gesetz zu stimmen, wir können nicht dafür stimmen, wenn Buttamer es vorlegt und Falk sich so ablehnend dagegen verhalten hat. Das habe ich sehr wohl verstanden und darüber hat sich keine Verbitterung unter den Mitgliedern der Partei herausgestellt. Ueber die Frage, ob das Gesetz viel nützt oder nicht, darüber kann man verschiedener Meinung sein, dagegen, meine Herren, darüber ist in der nationalliberalen Partei nie eine Meinungsverschiedenheit gewesen und wird hoffentlich nie eintreten, über die ersten unveräußerlichen Rechte, die der Staat gegenüber der katholischen Kirche und gegenüber jeder anderen Kirche in Anspruch nehmen muß, die wollen wir aufrecht erhalten, da soll auch kein Titel von genommen werden. Und es wird auch nicht eher Friede kommen, bis die Leiter der Kurie den Grundsatz wenigstens in seinem tatsächlichen Inhalte anerkennen, daß über die Grenze zwischen Staat und Kirche, über die Ordnung der Schule, über den Religionsunterricht allein das Staatsgesetz zu entscheiden hat, nicht irgend eine Korporation, und wäre sie noch so mächtig, wie die katholische Kirche es ist, und, meine Herren, tatsächlich wird der Zeitpunkt eintreten, wo die römische Kurie das einsehen muß und den Kampf nicht durch halb Europa auf der ganzen Linie fortsetzen kann. Meine Herren! Wenn es so weit erst ist, wenn die Nachgiebigkeit so weit vorhanden ist, dann wird auch der Moment kommen, wo wir den Frieden wieder herstellen können, und ich glaube, den Frieden auf diesem Gebiet wünschen wir Alle, wenn nur der Gerechtigkeit und den Rechten des Staates kein Schaden geschieht. (Bravo!)

Meine Herren! Verzeihen Sie, wenn dieser Theil meiner Ausführungen länger geworden ist, als ich beabsichtigte. Ich bin Herrn v. Vinzingen dankbar, daß er mir zu diesen Erörterungen Gelegenheit gegeben hat, und Herr v. Vinzingen hat vielleicht auch etwas andere tatsächliche Anschauungen bekommen, als er sie aus den Zeitungen geschöpft hat. Meine Herren! Auch hier war ein Bedürfnis für die Trennung nicht vorhanden. Es war möglich, daß nach wie vor, wie in all' den Jahren, Meinungsverschiedenheiten, wie sie in einer so großen Partei wie die nationalliberale notwendig sind, in ruhiger Weise zur Geltung gelangen konnten; nun aber, meine Herren, beachten Sie die Publikationen, die erfolgt sind. Die Mitglieder der Session haben ja ein kurzes Programm erlassen, lesen Sie diese Sätze einzeln und im Zusammenhange; es wird Ihnen auffallen, daß es im Wesentlichen bekannte Aufstellungen sind, wie sie in manchem Programm der nationalliberalen Partei von einzelnen Wahlkandidaten und ganzen Gruppen oder von der gesammten Partei z. B. im September v. J. in ganz ähnlicher Weise erlassen sind. Die Sätze sind sehr allgemein, hier und da können einzelne Wendungen verschieden ausgelegt oder mißverstanden werden, aber etwas wesentlich Abweichendes von demjenigen, was bisher erfolgt, werden Sie vergebens suchen, und es ist gar nicht zu leugnen, daß bei den weiter rechts oder links Stehenden, wo die Session mit Freuden begrüßt wurde, wesentliche Unterschiede durch das Programm nicht gefunden wurden. N. S.! Die Dinge liegen tiefer, aber ich will auf die Frage nicht ganz eingehen, sondern nur einzelne Gesichtspunkte hervorheben. Meiner Meinung nach wirken die Streitigkeiten noch wesentlich nach, die im Jahre vorher bei der Tariffrage entstanden. Schließlich hat die Partei gegen den Tarif gestimmt. Die meisten von uns und auch ich waren gegen einzelne Sätze, weil uns die Zölle zu hoch erschienen. Wir haben auch gegen den Tarif gestimmt, weil durch Annahme des Frankfurter Antrages die konventionellen Rechte des Reichstages beeinträchtigt wurden und daß später durch die bewilligten Steuern bedeutend größere Summen in den Reichskassen vorhanden waren, als die Bedürfnisse des Reiches erheischten. Das war einer der Gründe, weshalb die nationalliberale Partei gegen den Vorschlag gestimmt hat. Allerdings hatten sich bei der Erörterung in der Kommission und in der Fraktion sehr starke Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Es waren Personen vorhanden, die die praktischen Interessen der verschiedenen Berufsarten in Deutschland in einem Gesetze formirt wissen wollten.

Nun, meine Herren, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß in dem neuen Programm kein Wort über den Zolltarif steht. Das hat auch Nidert in der Rede in Danzig ausgesprochen, was in dem Programm zwischen den Zeilen lag, daß es nicht die Absicht sein würde, wie es früher in Aussicht genommen, um einen Sturm auf den Tarif zu beginnen. Es mag sein, daß die Dinge sich anders entwickeln werden und daß das noch vorbehalten bleibt. Im Ganzen glaube ich aber, daß sich im Kreise der Session eine Anschauung geltend gemacht hat, die vollste Zustimmung in diesem Kreise findet. Meine Herren! Die Sätze im Tarif mögen richtig oder unrichtig, zu hoch oder zu niedrig sein, wenn nach einer so schweren Geburt ein solches Gesetz, das zu den heftigsten Gegenständen geführt hat, wenn ein solches Gesetz fertig geworden ist, so müssen wir, glaube ich, doch alle zusammen wünschen, daß eine gewisse Zeit vorüber geht, wo man sieht, was die praktische Wirkung desselben sein wird. Wenn ein solches Gesetz eine gewisse Probe bestanden hat, so wird es sich zeigen, wo die Mängel sind, da wird man einsehen und die Möglichkeit haben, zu verbessern, was sich als schädlich herausgestellt hat, wenn man aber, nachdem ein solcher Zolltarif eben fertig geworden, versuchen wollte, gegen denselben einen allgemeinen Sturm auf von anderen Prinzipien aus zu unternehmen, was würde die Folge sein? Daß eben, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse nach schwerer Krisis anfangen, etwas zu gesunden, neue Unruhe hineingeworfen wird. Ich möchte fast glauben, daß diese Auffassung, die allgemein in Deutschland verbreitet ist, dazu geführt hat, daß die Session es vermieden hat, diese Frage offen in die Hand zu nehmen. Also, meine Herren, ein faktischer Unterschied in der Behandlung der Verhältnisse für die nächsten ein, zwei Jahre scheint auch hier nicht vorhanden, eine Verständigung über Einzelheiten auch hier nicht ausgeschlossen. Ein faktischer Grund, den alten Parteibund aufzulösen, in der Hoffnung, nach Jahren etwas Besseres an die Stelle zu setzen, liegt nicht vor. Ebeniowenig auf einem anderen Gebiete, welches in den letzten Jahren die parlamentarischen Körperschaften beschäftigt hat, die Frage der Steuerpolitik. Sie wissen ja Alle und haben es schmerzlich empfunden, daß die zum Theil stoßweise ausgehende Politik, welche der Reichskanzler auf diesem Gebiete verfolgt hat, in der gesammten Bevölkerung eine große Beunruhigung hervorgerufen hat, weil zuletzt kein Mensch weiß, wohin alle diese Experimente führen sollen. Meine Herren! Dieses Gebiet ist an sich ein schwieriges, weil die Einnahmequellen an verschiedenen Stellen stehen und bei dem Bedürfnisse der einzelnen Staaten die Frage nicht ist, woher das Geld kommt, sondern nur, daß man genug für das Bedürfnis. Hier kann also planmäßig nur etwas zu Stande kommen, wo man gleichzeitig und gleichmäßig die Verhältnisse und Bedürfnisse des Reiches und die Verhältnisse und die Bedürfnisse der Einzelstaaten in seine Erörterungen hineinzieht, wo in planmäßiger Weise nach einem System, welches Jahre lang befolgt wird, durch Staatsmänner, welche in genügender Verbindung mit einander sind, verfahren wird; wenn alles dieses vorliegt, wird man zu etwas kommen. Auf diesem Gebiete ist ein planmäßiges Verfahren der Regierung nicht zu bemerken gewesen, daher die Unruhe und das Mißtrauen. Auf diesem Gebiete ist in der letzten Session des Reichstags und des Landtags volle Uebereinstimmung in der nationalliberalen Partei vorhanden gewesen. Da hat man gesagt, wir wollen sehen, wohin das Ganze führt, wir wollen vor allen Dingen sehen, wie groß ist das Bedürfnis im Reich und in den einzelnen Ländern, wir wollen sehen, wie groß werden die Mehreinnahmen sein, die aus den höheren Zöllen zur Reichskasse fließen werden. Meine Freunde und ich haben die Ansicht aufgestellt, daß in den ersten Jahren gegenüber dem neuen Tarifgesetz ein dauernder Mehrbetrag nicht mit Sicherheit zu bemessen ist, wir haben darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Zustände noch heute keine gesunden sind, deshalb die Beurtheilung der Einnahmequellen keine sichere ist. Abgesehen davon ist es offenes Geheimnis, daß im vorigen Jahre keineswegs ohne Ver-

schulden des Bundesraths die Handelstreibenden monatelang Zeit gehabt haben, Massen höher verzollter Artikel in das Zollgebiet einzuführen und daß dadurch nun eine viel größere Masse hochversteuerter Artikel zum Schaden des Reichsfiskus im Lande war und in Folge davon die normale Einföhrung dieser Artikel, also der normale Steuerertrag meist nicht eintreten konnte. Diese Verhältnisse zusammengekommen, ist es klar, daß man in diesem Jahre keineswegs mit Sicherheit sagen kann, welches ist das Bedürfnis, doch noch viel weniger konnte man sagen, welches sind die wirklichen Deckungsmittel, welche wir dauernd haben werden. Wir haben gesagt, so lange wir diese Dinge nicht übersehen können, ist kein Grund zu neuen Steuerbewilligungen, wenn wir auch im Einzelnen nichts dagegen einzuwenden haben würden. Das sind die Gründe, weshalb wir uns nun ablehnend verhalten gegenüber den eingebrachten Steuerprojekten. Und wenn ich noch hinzufüge, daß wir auch materiell hinsichtlich der Ablehnung einverstanden gewesen sind, so brauche ich nur daran zu erinnern, daß die Partei mit überwiegender Mehrheit den Quittungstempel akzeptiren konnte, und daß unsere Partei erklärt hat, einerlei, ob neue Bedürfnisse nachgegeben oder nicht, an die Biersteuer nicht hinangehen zu können, wenn nicht gleichzeitig die Branntweinsteuer ins Auge gefaßt werde. Sie sehen ein, daß, wenn sich beweisen sollte, daß vorhandene Bedürfnisse im Reich und in den Staaten nicht befriedigt werden können, aus der Getränkesteuer in Deutschland, wo mehr getrunken wird, als in anderen europäischen Ländern, sehr wohl ein höherer Betrag erzielt werden kann, ohne einen zu starken Druck auszuüben. Die Deutschen könnten sich in der Beziehung wohl etwas einschränken und das Unglück wäre noch nicht so groß. Ich glaube, daß diese Haltung in den letzten Monaten dahin geführt hat, daß man eingesehen hat, auf dem Wege geht es nicht weiter, und man wird eine Form der Besteuerung suchen, die den landwirtschaftlichen Betrieb in Verbindung mit solchen Gewerben nicht absolut hinvert. Meine Herren, auf diesem Gebiete war nicht nur keine Meinungsverschiedenheit vorhanden, sondern im Gegentheil, hier hat es sich gezeigt, daß die vollkommen einmütige Haltung der Partei einen sehr wesentlichen Einfluß gehabt hat auf die Haltung der anderen Parteien und den negativen Ausgang der Vorlage.

Auch die konstitutionelle Frage, was Preußen anlangt, darüber waren wir völlig einig, und ich habe darüber speziell mit meinem Freunde Nidert berathen, wie demnächst, wenn größere Summen aus dem Reichsfiskus abgegeben werden können, wie dann die Rechte des preussischen Landtages, speziell des Abgeordnetenhauses, besser gesichert werden konnten als bislang. Wir haben das vollkommen erreicht und in Uebereinstimmung mit der Partei Bestimmungen getroffen, nach denen wir einen ganz entscheidenden Einfluß durch das Abgeordnetenhaus ausüben konnten. (Schluß folgt.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 21. Septbr. [Vom neuen Minister für Handel und Gewerbe. Zur Verwaltungsreform.] Aus der telegraphischen Elberfelder Mittheilung, daß Fürst Bismarck das Stumm'sche Projekt der Zwangs-Pensions-Versicherung für Arbeiter „energisch zum Abschluß bringen“ wolle, haben Sie ersehen, wie wohl begründet meine Mittheilung war, daß die Uebernahme des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe durch den Fürsten Bismarck staatssozialistische Experimente bedeute. Der Sprung von der bisherigen, vorsichtig-ablehnenden Haltung der Regierung jenem Projekt gegenüber bis zu der extempornen Inangriffnahme desselben erhellt am besten, wenn man den in der zweiten Session des Reichstags von 1879 über den Antrag Stumm erschienenen Kommissionsbericht vergleicht. Zwei Regierungskommissare, die Geheimräthe Niederding vom Reichskanzleramt und Lohmann vom preussischen Handelsministerium, widerlegten damals im Einzelnen fast alle Argumente, welche die Vertheidiger des Antrags geltend machten, und bekämpften denselben im Allgemeinen als einen solchen, dessen Tragweite nicht zu übersehen sei, während es an jeder klaren Vorstellung über die Modalitäten der Ausführung mangle. Diese beiden Herren scheinen nicht zu den Sachverständigen gezählt zu werden, mit deren Hilfe der Kanzler nach dem Schreiben des Herrn Baare das Unternehmen durchzuführen will; der Letztere aber kann doch wohl höchstens zur Beurtheilung der Spezialfrage kompetent sein, ob es möglich ist, die Arbeitgeber zu Zwangsbeiträgen heranzuziehen, wie Herr Stumm es will. Wirkliche Sachverständige, wie z. B. Professor Brentano, haben sich bisher fast durchweg gegen die Idee der Zwangs-Pensions-Versicherung erklärt, die Versicherungstechniker u. A. aus dem Affekuranz bis jetzt fehlte. — Da Fürst Bismarck heute Abend offiziös erklären läßt, daß er nicht aus kirchenpolitischen Gründen Opposition gegen die Uebertragung der Verwaltungsreform auf Rheinland und Westfalen mache, so entschließt Graf Eulenburg sich vielleicht doch noch, für alle sechs Provinzen, welche neue Kreisordnungen noch nicht haben, solche in der nächsten Landtagsession vorzulegen; denn an der Selbstbeschränkung auf drei dieser Provinzen ist die Besorgnis vor solchem Bismarck'schen Widerspruch doch wohl nicht ohne Antheil gewesen. Jedenfalls aber wird das neue Kompetenzgesetz wieder eingebracht, das in der vorigen Session wegen Mangel an Zeit unerledigt blieb; es muß vor dem 1. April 1881 zu Stande kommen, da zu diesem Termin das neue Behörden-Organisationsgesetz in Kraft tritt, mindestens für die sog. Kreisordnungsprovinzen, und eben durch dieses Gesetz ist ein neues Kompetenzgesetz bedingt. Die zu erwartende Vorlage wird ebenso wie die vorjährige die vielangefochtene „kasuistische“ Form des Kompetenzgesetzes von 1876 festhalten, das bekanntlich von den konservativen Gegnern der Verwaltungsreform so lange als eine Ungeheuerlichkeit war verschrien worden, bis im vorigen Jahre der neue, hochkonservative Minister des Innern ein eben solches Gesetz vorlegte und zur Motivirung erklärte, zwischen den alten und den neugeschaffenen Behörden ließen die Zuständigkeiten sich nicht anders vertheilen, als daß man sie denselben vielfach einzeln zu-

Vocales und Provinzielles.

Posen, 22. September.

— Der erste Gewinn der liegnitzer Gewerbe-Ausstellungs-Lotterie ist, wie der „N. A.“ hört, auf Nr. 71,610 gefallen. Die amtliche Ziehungsliste erscheint Ende dieser Woche.

— Mit der Legung des Telegraphenbels für die Linie Thorn-Posen-Müncheberg wird gegenwärtig in den Straßen unserer Stadt vorgegangen und werden die Arbeiten voraussichtlich schon morgen beendet sein.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. September. Wind: NW. Wetter: Veränderlich. Weizen per 1000 Kilo loco 186-235 M. nach Qualität gefordert. N. gelb. - M. ab Bahn bez., per September - bez., per September-Oktober 206-207 1/2 bez., per Oktober-November 203 1/2 bis 205-204 bez., per November-Dezember 202-203 1/2 bez., per Dezember-Januar - M. bez., per April-Mai 204 1/2-206-205 M. bez. fündigt 14,000 Zentner, Regulirungspreis 206 M. - Roggen per 1000 Kilo loco 197-210 M. nach Qualität gefordert, russischer - ab Bahn bez., inländischer 200-208 M. ab Bahn bez., feiner - M. a. B. bez., per September 197-198 1/2 bez., per September-Oktober 194-197-196 1/2 bez., per Oktbr.-Nov. 191-195-194 1/2 bez., per November-Dezember 189-193 1/2-193 bez., per Dezember-Januar - bezahlte, per Januar-Februar - bez., per April-Mai 183 1/2-186-185 1/2 bez., Gefündigt 4000 Ztr., Regulirungspreis 196 M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 140-195 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 130-165 nach Qualität gefordert, russischer 132-143 bez., oft- und meißnerischer 136-145 bezahlte, pommerischer und mecklenburgischer 138-145 bez., schlesischer 135-144 bez., böhmischer 135-145 bez., per September - bez., per September-Oktober 142 bis 142 1/2 M. bez., per Oktober-November 139 bez., per November-Dezember 138 1/2 G., per April-Mai 140 1/2-141 1/2-141 M. bez., Gef. 13,000 Ztr., Regulirungspreis 142 bez. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 190-205 M., Futterwaare 180-189 M. - Mais per 1000 Kilo loco 125-130 bez., nach Qualität, rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer 125 M. f. W. bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50 bis 30,50 M., 0: 30,00 bis 29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. - Roggenmehl inf. Sack 0: 28,00-27,00 M., 0/1: 27,00-26,00 M., per September 27,90-28,05 bez., per September-Oktober 27,45-27,90-27,80 bez., per Oktober-November 27,35

bis 27,60-27,45 bez., per November-Dezember 27,10-27,40-27,25 M. bez., per Dezember-Januar bez., per April-Mai 26,30-50-40 bezahlte, Gefündigt - Zentner, Regulirungspreis - bezahlte. - Delfaat per 1000 Kilo Winterraps neuer - Markt, Winterraps neuer - Markt. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 53,0 M., flüssig - M., mit Faß 53,3 M., per September 53,6 bis 53,5-53,6 bez., per September-Oktober do. bez., per Oktober-November 53,7-53,9-53,8 bez., per November-Dezember 54,8 bez., per Dezember-Januar - bez., abgelassene Sch. - bez., April-Mai 57,1 M. bez., Mai-Juni - M. bez., Gefündigt 600 Zentner, Regulirungspreis 53,8 M. bezahlte. - Leinöl per 100 Kilo loco 65 1/2 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 32,5 M., per September - M., per September-Oktober 31,5 bez., per Oktober-November 31,0 bez., per November-Dezember 31,0 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 30,8 - M. bez., Gefündigt - Zentner, Regulirungspreis - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 59,1 bis 58,8 bez., per September 60,5-59,7 bez., per September-Oktober 58,5-58,1 bez., per Oktober-November 57,0-56,7 bez., per November-Dezember 56,3-56,0 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 81 57,4-57,6-57,4 bez. (Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 21. September 1880. Bericht der Handelskammer.

Weizen: fester, alter hochbunt und glasig 214-230 M. neuer nach Qualität 16-205 M. Roggen: fest, loco inländischer 185-197 M. polnischer 170-180 M. Gerste: feine Braumaare 170-180 Markt, große 160-170 Markt, kleine 145-155 Markt. Hafer: loco alter 160-165 M., neuer 140-145 M. Erbsen: Kochwaare 170-180 M. Futterwaare 160-165 M. Mais: Rumänien: ohne Handel.

Spiritusk: pro 100 Liter à 100 pSt 57-57,50 M. Rubelkurs: 207,50 Mark. Stettin, 21. September. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. Temperatur + 12 Grad R. Barometer 28. Wind: SW. Weizen steigend, per 1000 Kilo loco gelber 192-202 M., feuchter mit Auswuchs 155-180 M., weißer 197-205 M. bez., per Sept-Oktober 203 M. bez. u. Gd., per Oktober-November 197,5-200 M. bez. u. Gd., per Frühjahr 199,5-200,5 M. bez. - Roggen höher, per 1000 Kilo loco inländischer 188-197 M., russischer 188-192 M., per September-Oktober 189-192 M. bez., per Okt.-Nov. 186,5-189,5 M. bez., per Novbr.-Dezbr. 186 Gd., per Frühjahr 178,5-181 M. bez. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco geringe 140-145 M. Br., Märker und Oberbruch 150-156 M. - Hafer per 1000 Kilo loco pommerischer 135-145 M. - Erbsen pr. 1000 Kilo. 17-180 M. - Mais pr. 1000 Kilo loco 127-132 M. - Winterraps per 1000 Kilo loco 235-245 M. - Winterrüben etwas matter, per 1000 Kilo loco 220-243 M. bez., per Sept.-Oktober und Oktober-November 246 M. Br., per April-Mai 2'0 M. Br. - Rübsöl matter, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br., kurze Lieferung 54,25 M. bez., per September-Oktober 54,5 M. Br., per Oktober-November 55 M. Br., per November-Dezember - M. bez., per April-Mai 57,5 M. Br. - Spiritus, nahe Termine flau, spätere fest, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 58,8 M. bez., mit Faß - M. bez., per September 59-58,8 M. bez., per September-Oktober 56,8 M. bez., 56,9 M. Br. u. Gd., per Oktober-November 55,4 M. bez., 55,3 M. Br. u. Gd., per November-Dezember 54,5 M. bez., per Frühjahr 55,7-55,8 M. bez. - Angemeldet: 3000 Ztr. Rüben - Regulirungspreise: Weizen 203 M., Roggen 190,5 M., Winterrüben 246 M., Rübsöl 54,5 M., Spiritus 58,9 M. - Petroleum steigend, loco 12-12,1 M. tr. bez., Regulirungspreis 12,1 M. tr., per September = Oktober 11,75 M. tr. bez., per Oktober-November 11,75 M. tr. bez. (Höf.-Ztg.)

Berlin, 21. September. Die Flaubeit und Aufgeregtheit, in welcher hier der gestrige Verkehr verlaufen war, fand an den auswärtigen Börsen keinen rechten Widerhall. Besonders sandte die Pariser Börse feste Haltung und höhere Course, denen sich wiederum die Wiener Börse angeschlossen. Die leitenden Papiere stellten sich daher heute höher, Nebenpapiere lagen fest; doch die Stimmung war schwer zu bestimmen. Die eine Partei erwartete Deckungen der Contremine, die andere fürchtete neue Abgaben und das Publikum war zurückhaltend. Auch die überaus friedliche Depesche aus Paris, welche die politischen Befürchtungen zerstreuen sollte, blieb unbeachtet, erwartete sogar teilweise Mißtrauen. Im einzelnen setzten Kreditaktien 1 1/2 Markt. Elbthal 3

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 21. September 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian bonds and money rates. Includes entries for Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Staats-Schuldversch., Berl. Stadt-Obl., etc.

Banck- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks. Includes entries for Badische Bank, Vf. Rheinl. u. Westf., Vf. Sprit- u. Br.-G., etc.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds. Includes entries for Amerik. rds. 1881, do. 1885, do. Bds. (fund.), etc.

*) Wechsel-Course.

Table of exchange rates. Includes entries for Amsterdam, London, Paris, etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway common stocks. Includes entries for Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische, etc.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks. Includes entries for Brauerei Bayenhof, Danneb. Rattan, Deutsche Bauges., etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table of railway priority obligations. Includes entries for Aach.-Mastricht, do. do. II., do. do. III., etc.

Eisenbahn-Staatsprioritäten.

Table of railway state priorities. Includes entries for Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, Halle-Sorau-Guben, etc.

zahlreiche Schwankungen folgten. Gegen baar gehandelte Aktien blieben vernachlässigt, Anlagewerthe wenig beachtet. Die Ermattung machte im Laufe der zweiten Stunde weitere Fortschritte; besonders matt lagen Kredit- und andere Bank-Aktien, so wie Eisenbahnerwerthe. Gegen 2 Uhr trat auf Melbungen aus Glasgow eine Erholung ein. - Per Ultimo notirte man Franzosen 479-9 1/2-6 1/2-7, Lombarden 139,50. Kredit-Aktien 485 1/2-7-5 1/2-5, Diskonto-Kommandit-Anteile 175,40-5,50-4,40-174,75. Hannoversche Gub.- und Walsmerke 100,75 bezahlt und Geld. Berliner Handel per ultimo 105 1/2 bis 102 1/2 bezahlt. Der Schluß war fest.

Münster-Hamm

Table of Münster-Hamm exchange rates. Includes entries for Niederl. Markt, Rhein. St. M. abg., etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table of railway priority obligations. Includes entries for Aach.-Mastricht, do. do. II., do. do. III., etc.

Eisenbahn-Staatsprioritäten.

Table of railway state priorities. Includes entries for Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, Halle-Sorau-Guben, etc.

Oberlief. v. 1874

Table of Oberlief. v. 1874 exchange rates. Includes entries for Briege-Reiffe, do. Coj.-Oberd., etc.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign priorities. Includes entries for Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, do. do. II., etc.